

«Man muss aufpassen; der OECD-Standard ist nicht in Stein gemeisselt»



Liechtensteins Erbprinz Alois gab die Flucht nach vorn im Steuerstreit bekannt. EQ

Liechtenstein beugt sich dem Druck der OECD. Dies wäre auch für die Schweiz ein gangbarer Weg, sagt der Experte. Er warnt aber, sich in Sicherheit zu wiegen.

INTERVIEW VON HANS-PETER HOEREN

Herr Professor Ammann, Liechtenstein akzeptiert die OECD-Standards und leistet künftig Amtshilfe bei ausländischer Steuerhinterziehung. War das vorausseilender Gehorsam oder gab es keine Alternativen?

Manuel Ammann: Liechtenstein stand unter sehr starkem Druck. Die

Alternative wären Sanktionen gewesen. Da Liechtenstein als Kleinstaat keine Verhandlungsmacht hatte, war die jetzige Lösung wohl unausweichlich.

Wird damit auch die Schweiz dem Beispiel Liechtensteins folgen müssen?

Ammann: Ich gehe davon aus, dass die Schweiz dem Beispiel folgen wird. Sie kann sich dem internationalen Druck nicht entziehen.

Wird das demnächst passieren?

Ammann: Ich mehme an, dass das bald kommt. Wegen der Finanzkrise und den hohen Ausgaben zum Beispiel der USA und Deutschlands wird jede Gelegenheit wahrgenommen, einen starken Druck auf sogenannte Steuer-oasen aufzubauen.



Wie wäre dies zu beurteilen?

Amman: Der Liechtensteiner Weg bedeutet keine Aufhebung des Bankgeheimnisses. Deshalb ist das auch für die Schweiz ein gangbarer Kompromiss. Es geht hier nicht um den automatischen Austausch von Informationen, wie er zwischen den meisten EU-Ländern üblich ist. Eine solche Regelung wäre für die Schweiz verheerend.

Warum?

Ammann: Der automatische Informationsaustausch wäre das Ende des Bankgeheimnisses. Nicht nur Ausländer würden viel Geld aus der Schweiz abziehen, sondern die Schweizer selbst auch. Der Finanzplatz würde herbe Verluste erleiden.

«Der Lichtensteiner Weg bedeutet keine Aufhebung des Bankgeheimnisses. Für die Schweiz ist er ein gangbarer Kompromiss.»

MANUEL AMMANN,
UNIVERSITÄT ST. GALLEN

Wie weit reicht denn der besagte OECD-Standard?

Ammann: Man muss aufpassen, denn der OECD-Standard ist nicht in Stein gemeisselt. In der gegenwärtigen Form meint man die Informationslieferung bei konkreten Verdachtsfällen von Steuerbetrug oder Steuerhinterziehung, in denen ein Rechts- oder Amtshilfeverfahren

von ausländischen Steuerbehörden angestrengt wurde.

Sie tönen an, dass sich Veränderungen abzeichnen könnten. In welche Richtung könnten die gehen?

Amman: Wie lange sich die entsprechenden Länder mit dieser Form der Rechtshilfe zufrieden geben werden, wird man sehen müssen. Bald wird man realisieren, dass die Hürden für einen Informationsaustausch bei dieser Regelung hoch sind. Zweifellos wird dann erneut Druck aufgebaut werden.

Und was könnten Sie dann fordern bzw. was wäre eine langfristige Lösung?

Ammann: Das erklärte Ziel der EU ist der automatische Informationsaustausch. Alles andere wird nur als Zwischenschritt gesehen. Aus Sicht des Finanzplatzes sollte sich die Schweiz deshalb schnellstens eine Strategie zu rechtlegen, wie sie den automatischen Informationsaustausch langfristig verhindern kann.

Wird der Finanzplatz Schweiz an Attraktivität verlieren, wenn möglicherweise schon bald auch bei uns der OECD-Standard eingeführt wird?

Ammann: Ich glaube nicht, dass das dramatische Auswirkungen hätte. Die Unsicherheit, welche die Diskussionen auslöst, und die Ungewissheit, wie weit die Schweiz gehen wird in der Aufweichung des Bankgeheimnisses, hat aber negative Auswirkungen, weil es die Bankkunden verunsichert. Eine schnelle Lösung ist deshalb für den Finanzplatz vorteilhaft.



Bonus: Die Erklärung Liechtensteins zum Nachgeben im Steuerstreit unter www.zisch.ch/bonus

HINWEIS

► Professor Manuel Ammann ist Ordinarius für Finance an der Universität St. Gallen. ◀

Merkel und Sarkozy sind sich im Steuerstreit völlig einig

Liechtenstein kippt um, und Andorra will auch keine Steueroase mehr sein. In einem medienwirksamen Auftritt traten Erbprinz Alois und die liechtensteinische Regierung gestern die Flucht nach vorn an. Sie gaben bekannt, dass das «Ländle» im Kampf gegen die Steuerflucht die OECD-Standards anwenden wolle. Bereits heute will Liechtenstein mit Deutschland über ein entsprechendes bilaterales Abkommen Verhandlungen beginnen. Im April sollen Gespräche mit Grossbritannien stattfinden.

Dabei möchte Liechtenstein Lösungen auch im Interesse der Steuerländer finden. Bestehende Kunden des Finanzplatzes Liechtenstein sollen bisher nicht deklarierte Vermögen ohne grosse Folgen in die Steuerlegalität überführen können. Damit hofft man in Vaduz, einen Abfluss von Geldern im grossen Stil verhindern zu können.

«Erste Früchte»

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozyigten sich gestern zufrieden, dass der Kampf gegen Steueroasen «erste Früchte zeigt». Gleichzeitig machten sie klar, man sei sich einig, dass man den Kampf gemeinsam weiterführen werde. Es gehe darum, «ihre Länder vor Risiken zu schützen, die von nicht kooperativen Staaten und Gebieten ausgehen». Unverhohlen bleibt die Drohung gegen die Schweiz im Raum: «Wir müssen den Mut haben, die unkooperativen Länder beim Namen zu nennen», sagte Staatspräsident Nicolas Sarkozy.

Schweizer Delegation war in Paris

Eine Delegation der Schweiz, Österreichs und Luxemburgs beschwerte sich gestern

in Paris bei der OECD über die angebliche neue schwarze Liste. OECD-Generalsekretär Angel Gurría empfing die Besucher. Für die Schweiz mit von der Partie waren der Direktor der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Urs Ursprung, und der Leiter der Abteilung für Internationales, Jürg Giraudi.

Laut Roland Meier, dem Sprecher des Eidgenössischen Finanzdepartements, ging es beim informellen Treffen darum, die OECD an ihre internen Gepflogenheiten zu erinnern. Nämlich, dass OECD-Länder nicht gegen ihren Willen auf die schwarze Liste gesetzt werden dürfen. Eingefädelt wurde die Begegnung offenbar am letzten Wochenende auf dem Minigipfel der Bankgeheimnisländer im luxemburgischen Schloss Senningen.

Im gleichen Sinn äusserte sich der Sprecher des österreichischen Finanzministeriums, Harald Waiglein: «Alle drei Länder üben Kritik daran, dass die OECD ohne Konsultation der Mitgliedstaaten Daten an

«Wir müssen den Mut haben, die unkooperativen Länder beim Namen zu nennen.»

NICOLAS SARKOZY

die G-20-Länder weitergibt.» Weitere Angaben über Inhalt und Verlauf des Gesprächs waren nicht erhältlich.

OECD dementierte schwarze Liste

Bei der OECD wollte man nicht einmal bestätigen, dass ein Treffen stattgefunden hat. Ein Sprecher dementierte jedoch, dass die OECD eine neue schwarze Liste erstellt habe. Die Unterlagen, die die OECD den G-20-Ländern übermittelt hat, beschrieb er so: «Wir haben Informationen über Länder weitergeleitet, die Einschränkungen bei der Weitergabe von Bankinformationen an ausländische Steuerbehörden kennen.»

Dass dabei alle Länder mit Bankgeheimnis auftauchen, liegt auf der Hand. Indem das OECD-Generalsekretariat

keine Liste, sondern bloss beschreibende Fakten weiterleitete, umging es einen formellen Beschluss der OECD und damit auch ein Veto der drei Bankgeheimnisländer, die alle OECD-Mitglieder sind.

Merz muss jetzt handeln

Dies wird den G-20-Gipfel nicht daran hindern, gestützt darauf allenfalls eine eigene schwarze Liste zu erstellen – sofern

die kritisierten Länder nicht vor dem G-20-Gipfel einen Informationsaustausch auf Anfrage mit ausländischen Steuerbehörden akzeptieren. Liechtenstein und Andorra taten dies gestern. Man darf gespannt sein, was Finanzminister Hans-Rudolf Merz heute ankündigen wird.

**KARL FISCHER,
SIMON THÖNEN, BRÜSSEL**

Arm in Arm im Kampf gegen die Steueroasen: Angela Merkel und Nicolas Sarkozy.

REUTERS



Merz will heute reagieren

«Die Schweiz ist in einer ähnlichen Situation wie wir», sagte gestern Erbprinz Alois von Liechtenstein. Den freundnachbarlichen Gepflogenheiten entsprechend habe man Bern über den Schritt informiert, fügte Regierungschef Otmar Hasler vor den Medien hinzu.

Wie Dominosteine fielen in den letzten Tagen viele Länder um und gaben den Widerstand gegen eine Steuerzusammenarbeit nach dem Musterabkommen der OECD auf. Nach Singapur und Hongkong jetzt auch Liechtenstein und auch noch Andorra. Dass damit der Druck auf die Schweiz im Vorfeld des G-20-Gipfels vom 2. April weiter steigt, räumte Bundespräsident Hans-Rudolf Merz ein. Seine Einschätzung will er heute bekannt geben.

Entscheide erwartet

Politiker und Wirtschaftsvertreter rechnen damit, dass der Bundesrat heute auch Entscheide fällen wird, nachdem er eine Woche zuvor zunächst eine Expertengruppe mit der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen beauftragt hatte. Die naheliegende Variante ist, dass auch die Schweiz auf den OECD-Standard einlenkt beziehungsweise auf ihren Vorbehalt bei der Umsetzung des Artikels über den Informationsaustausch verzichtet.

Thomas Sutter, Sprecher der Schweizerischen Bankiervereinigung, machte allerdings gestern darauf aufmerksam, dass es durchaus Unterschiede zwischen der Schweiz und Liechtenstein gebe. So habe die Schweiz im Unterschied zu Liechtenstein bereits ein ausgebautes Netz von Doppelbesteuerungsabkommen. Laut der Economiesuisse ist Liechtenstein zudem bereits auf einer Liste der OECD von nicht kooperativen Ländern, die Schweiz indessen nicht. *ap/red*